DER HAUPTSTADTBRIEF
AM SONNTAG
13. WOCHE
4.APRIL 2021
WWW.DERHAUPTSTADTBRIEF.DE

Letzte Lockerungen

Wer rafft sich auf und organisiert ein gemeinsames klares Handeln gegen das Virus? | Von Ulrich Frei

Deutschland wird derzeit von Wellen heimgesucht – Infektionswellen, Lockerungswellen, (noch etwas schwächlichen) Impfwellen und Wellen des politischen Versagens.

Unbestritten, die Pandemie hat uns vor einem Jahr mehr oder weniger unvorbereitet getroffen mit einer ersten Welle, die uns zu Ostern 2020 eine Zahl von 2928 intensivpflichtigen Covid-Patienten bescherte.

Es wurde konsequent gehandelt, und die erste Welle ebbte mehr oder minder glimpflich ab. Nun gab es unangenehme Mahner, die von einer zweiten Welle sprachen. Anfang Oktober erklärte die Kanzlerin der Nation – auch den Ministerpräsident:innen? – was ein exponentielles Wachstum ist. Inkonsequentes Handeln (sprich: ein sanfter Lockdown) führte am Jahresende zu 5745 intensivpflichtigen Patienten und bis zu tausend Toten am Tag.

Der Lockdown wurde eher verlängert als verschärft, Hoffnung keimte, aber eine Virusmutation machte sich breit und gefährdete den bescheidenen Rückgang der Zahlen. Mitte März hatte man ein Niveau erreicht, das dem Gipfel der ersten Welle 2020 entsprach. Die epidemiologischen Experten, deren Aussagen inzwischen eine hohe Zuverlässigkeit erreicht hatten, prognostizierten eine dritte Welle mit Inzidenzen, die nochmals höher würden als zur Jahreswende. Die Intensivmediziner warnten, da die Intensivbetten noch mit den Patienten der zweiten Welle belegt waren. Auch ein Blick in die umliegenden Länder hätte gezeigt, was da drohte.

Der einzige Hoffnungsschimmer, das langsam anlaufende Impfen, trübte sich durch die Vorgänge um AstraZeneca. Die Biologie des Menschen erwies sich als unberechenbar, es kam zu seltenen unerwarteten Komplikationen, zu Stopps, Altersempfehlungen, erneuten Stopps und neuen, gegenteiligen Altersempfehlungen. Eigentlich erklärbare Vorgänge, aber im aktuellen Kontext nicht vermittelbar.

Umfragen zeigten, dass immer noch ein hoher Anteil der Bevölkerung mit Einschränkungen, ja mit Verschärfungen einverstanden war – laut jüngstem ARD-Deutschlandtrend nahm die Zahl derjenigen, die für strengere Maßnahmen sind, gegenüber Mitte März um 16 Prozent zu.

PRIVAT

PROF. DR. ULRICH FREI

war bis Ende 2020 Vorstand Krankenversorgung der Charité Berlin.

Menschen und Wissenschaft wussten, was kommen wird. Doch was machten unsere verantwortlichen Politiker:innen? Sie tagten 15 Stunden, erfanden eine untaugliche Lösung, die wieder einkassiert wurde, und machten Modellversuche. Auch ließ man die Menschen in den Mallorca-Urlaub abreisen. Keine Spur von verantwortlichem Handeln. Ein frecher Tweet des Autors dieser Zeilen am vergangenen Sonntag, Stunden vor dem TV-Auftritt der Kanzlerin, brachte offenbar wegen der großen Zustimmung die Lage auf den Punkt: *„Gegen die Wissenschaft und Mehrheitsmeinung machen 16 MPs Lockerungsübungen. Nach der 3. Welle müssen sich Staatsanwälte dann fragen, ob dies nicht Beihilfe zu Körperverletzung mit Todesfolge ist.“*

Auch im Interview der Kanzlerin wurde die Verantwortung der Länder zum Thema. Doch wer gehofft hatte, dass sich jetzt einer der MPs zum Klassensprecher aufraffe und ein gemeinsames klares Handeln organisierte, sah sich enttäuscht. Da kam mehr oder minder: nichts.

Man ist dafür und dagegen, mal modelliert man oder schränkt ein, man mahnt oder stellt sich tot. Nur eines ist konsequent und kümmert sich nicht um das Scheitern der Politik: Das Virus, vor allem seine gefährliche Mutante, infiziert alle, die erreichbar sind.

Man wird sich am Jahresende noch an diese Wochen erinnern, die Leben kosteten, Karrieren zerstörten und den Glauben an unser Gemeinwesen tief erschütterten.

SHUTTERSTOCK.DE/ART_PICTURES

Aachner Printen oder Nürnberger Rostbratwürstchen: Was steht beim nächsten Wolfratshausener Frühstück auf dem Speiseplan?

Selbstzerstörerische Unruhe

Vor dem nächsten Kandidatenfrühstück? Die Entscheidungsschlacht in der Union

Von Albrecht von Lucke

Ein solches Schauspiel hat die Republik noch nicht erlebt: Ein halbes Jahr vor der Bundestagswahl liefern sich die Bundeskanzlerin und der CDU-Parteichef einen Machtkampf auf offener Bühne – und all das in der wohl tiefsten Krise in der Geschichte der Bundesrepublik.

Nach ihrer historischen Bitte um Verzeihung für die gescheiterte Osterruhe geht Angela Merkel am vergangenen Sonntag bei „Anne Will“ in die Offensive. Die Kanzlerin macht klar, dass sie nicht bereit ist, einer Eskalation der Coronakrise tatenlos zuzusehen. Und dabei nimmt sie ganz bewusst den Konflikt mit Armin Laschet als dem größten Lockerungsbefürworter in Kauf.

Zwei Interessen prallen dort brutal aufeinander: Laschets unbedingter Wille zur Kanzlerkandidatur und Merkel ebenso großer Wille zur Verteidigung ihres politischen Erbes. Denn Merkel weiß ganz genau: Das Urteil über ihre Regierungszeit steht und fällt nicht zuletzt mit der Bewältigung der Coronakrise. Sie selbst hat mit ihrem Versprechen eines Impfangebots für alle bis zum 21. September, also fünf Tage vor der Bundestagswahl, das Ende ihrer Kanzlerschaft mit der Bewältigung der Corona-Krise verknüpft.

Dieses Ziel will sie sich auch nicht durch das Verhalten des nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten gefährden lassen – immerhin auch ihr CDU-Parteivorsitzender und der mögliche Kanzlerkandidat der Union. Durch diesen Affront hat die Kanzlerin Laschet in eine strategisch fast ausweglose Lage gebracht. Entweder dreht er doch noch bei und gesteht damit ein, dass seine Lockerungspolitik falsch war. Oder er bleibt unbeirrt bei seiner Position und läuft damit Gefahr, dass ihm am Ende alle negativen Folgen der Pandemie angelastet werden. Denn wenn die Epidemiologen mit ihren Prognosen Recht behalten, drohen bei einer Fortsetzung der Lockerungsstrategie verheerende Folgen. Und so wie die Inzidenzwerte steigen werden, werden die Werte eines Kanzlerkandidaten Laschet sinken – und damit die der Union.

Das wäre eine ungeheure Hypothek für den Unionswahlkampf. Denn CDU/CSU befinden sich ohnehin in der größten Vertrauenskrise seit dem Spendenskandal von Helmut Kohl, und zwar aufgrund des Zusammenfallens von Masken- bzw. Lobbyismus-Skandalen und der sich zuspitzenden Regierungskrise. Seit Beginn dieses Jahres und dem gescheiterten Impfstart erodiert auch das Vertrauen in die CDU-geführte Bundesregierung. Aus dem anfänglichen Unions-Bonus wird mehr und mehr ein Malus. Der Absturz der beiden Schwesterparteien ist beispiellos: Inzwischen rangieren sie in den Umfragen nur noch fünf Prozentpunkte vor den Grünen. Auf einmal gibt es damit die Chance zu einer anderen als der schwarzen Republik, die Unions-Kanzlerschaft ist nicht mehr alternativlos.

In dieser Situation wäre es die vordringliche Aufgabe des neuen CDU-Vorsitzenden, das Führungsvakuum in der Post-Merkel-Ära zu beenden und damit für mehr Vertrauen in die Union zu sorgen. Doch Laschet verfügt ganz offensichtlich nicht über die erforderliche Autorität. Die große Mehrheit der Bevölkerung, aber auch der CDU-CSU-Mitglieder sprechen ihm seit Beginn der Coronakrise die erforderliche Eignung für das Amt des Bundeskanzlers ab.

Wie hatte Laschet am Dienstag in seiner verunglückten Grundsatzrede betont:

PRIVAT

ALBRECHT VON LUCKE

ist Jurist und Politikwissenschaftler. Er arbeitet als Publizist und Redakteur der *Blätter für deutsche und internationale Politik* in Berlin. 2016 erschien sein jüngstes Buch: *Die schwarze Republik und das Versagen der deutschen Linken.*

„Wir sind als Partei der Mitte der innovative Kern deutscher Politik. Wir wollen und können sprudelnder Quell kreativer Ideen für nachhaltige Umwelt-, Energie-, Wirtschafts- und Digitalpolitik sein.“

Doch von sprudelnder Kreativität kann in der CDU derzeit ebenso wenig die Rede sein wie von der von Laschet betonten „schöpferischen Unruhe“. Stattdessen ist allenthalben selbstzerstörerische Unruhe zu beobachten.

SHUTTERSTOCK.DE/FISCHER FOOD DESIGN

Mit ihrer öffentlichen Attacke gegen Laschet hat die Kanzlerin nun die vielleicht entscheidende Rolle in der Kandidatenfrage übernommen. Denn damit vergrößert sie die Angst, die in der Union ohnehin längst umgeht. Würde Laschet Kanzlerkandidat, drohte der Union schon bei der nächsten Wahl in Sachsen-Anhalt am 6. Juni, der letzten vor der Bundestagswahl, ein gefährlicher Martin-Schulz-Effekt, allerdings nur nach unten, bei dem sie am Ende im Bund bei weniger als 25 Prozent landen könnte.

Dennoch hält Laschet aus rein egoistischen Motiven – nämlich aus Angst vor dem eigenen Macht- und Bedeutungsverlust bei einem Verzicht – unvermindert an seiner Kanzlerkandidatur fest. Ginge es dagegen allein, wie von ihm behauptet, nach den Siegchancen der Union, wäre die Sache klar: Dann müsste Markus Söder Spitzenkandidat werden. Denn das ist die eigentliche Ironie der Geschichte: Ausgerechnet der CSU-Chef, lange Zeit erbitterter Merkel-Gegner, ist im Zuge der Corona-Krise zum eigentlichen Nachfolger der CDU-Kanzlerin avanciert, obwohl gerade Laschet über viele Jahre Merkel treu zur Seite gestanden hat. Doch während er sich im falschesten Moment, nämlich zu Beginn der Pandemie, von der Kanzlerin absetzte, erscheinen Merkel und Söder seither als ein fast symbiotisches Team. Und genau auf diese Weise hat Söder Merkels enorme Beliebtheitswerte regelrecht geerbt.

Allerdings hat sich der Franke durch permanente Attacken gegen die CDU-Minister und Ministerpräsidenten viele Gegner bei den Christdemokraten herangezüchtet. Zudem verfügt derzeit offensichtlich niemand in der CDU-Spitze über die Autorität, dem eigenen Parteivorsitzenden reinen Wein einzuschenken und ihn von seinem für die gesamte Union schädlichen Willen zur Kanzlerkandidatur abzubringen.

Die entscheidende Frage ist daher, ob in den nächsten Tagen nicht nur einige Bundestagskandidaten und Hinterbänkler in der CDU den Mut aufbringen, sich hinter Söder als Kanzlerkandidaten zu stellen, sondern auch die eigentlichen Machtzentren der Partei, nämlich die CDU-Ministerpräsidenten. Zwischen Ostern und Pfingsten muss die Entscheidung fallen. Der Countdown hat also begonnen, die Uhr läuft ab für die Union – und für deren Zukunft als die letzte gestandene Volkspartei. Denn genau darum geht es inzwischen auch am 26. September.

AUS DEM BANNASKREIS

Reflexionen und Perspektiven

PRIVAT

GÜNTER BANNAS

ist Kolumnist des *Hauptstadtbriefs*. Bis März 2018 war er Leiter der Berliner Redaktion der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*.

Ansprüche

Von diesem Ostermontag an, hat Armin Laschet gesagt, würden sich er und Markus Söder verständigen, wer die Unionsparteien als Kanzlerkandidat in den Bundestagswahlkampf führen werde. Laschet scheint – trotz allem – dazu gewillt zu sein.

Viel spricht dafür, dass es so kommt. Söder könnte zum Rückzieher neigen – auch deshalb, weil immer neue Amigo-Affären verlangen, dass er daheim in Bayern seine Partei vor Schlimmerem bewahrt. Oder auch, weil er – in Umkehrung früherer CDU/CSU-Verhältnisse – taktisch so klug sein will wie ehedem Helmut Kohl (1979/80) und Angela Merkel (2002), die als CDU-Vorsitzende dem amtierenden CSU-Chef (Strauß/Stoiber) den Vortritt ließen und warten konnten, bis ihre Zeit gekommen war. Die aktuellen Umfragen der Unionsparteien sprechen für eine solche Kalkulation.

Laschet aber müsste fortan Fragen beantworten, ob er auch im Falle einer Niederlage bei der Bundestagswahl bereit sei, das Ministerpräsidentenamt in Nordrhein-Westfalen abzugeben, als Oppositionsführer nach Berlin zu ziehen und der CDU/CSU-Fraktion vorzusitzen. Seine Antwort kann nur „Ja!“ lauten. 2012 war Norbert Röttgen eine ähnliche Festlegung abverlangt worden. Seine Niederlage als CDU-Spitzenkandidat bei der NRW-Landtagswahl wird darauf zurückgeführt, dass er die Zusage verweigerte, gegebenenfalls auf sein Amt als Bundesumweltminister zu verzichten. Das ist nicht vergessen.

Die Berufung Laschets zum Kanzlerkandidaten hätte in jedem Falle Auswirkungen auf die nordrhein-westfälische CDU. Sein Nachfolger als Ministerpräsident muss qua Verfassung Mitglied des Landtags in Düsseldorf sein. Berliner CDU-Größen aus NRW kommen deshalb nicht in Betracht. Von denen aber gibt so viele, dass sie sich nach der Bundestagswahl gegenseitig auf den Füßen stehen werden: Ralph Brinkhaus, der CDU/CSU-Fraktionschef; Jens Spahn, Gesundheitsminister und Teampartner Laschets; CDU-Generalsekretär Paul Ziemiak; dazu noch Röttgen, der Mittelstandspolitiker Carsten Linnemann und vielleicht auch Friedrich Merz, der ebenfalls mehr als bloß ein Bundestagsmandat anstrebt. Selbst im Falle eines Wahlsieges könnte Laschet nicht alle mit Posten versorgen. Die CDU-Frauen und andere CDU-Landesverbände werden Ansprüche erheben. Noch schärfer würde der Konkurrenzkampf, wenn Laschet – in Absprache mit Söder, wie sie einst Merkel mit Stoiber traf – nach der Wahl den Vorsitz der CDU/CSU-Fraktion übernehmen wollte.

GEGRÜNDET IM NOVEMBER 1999: Ernst Dieter Lueg (†), Fernsehjournalist, Prof. Diether Huhn (†), Richter und Publizist, Detlef Prinz, Verleger, und Bruno Waltert (†), Chefredakteur der Berliner Morgenpost a. D.

IMPRESSUM *Der Hauptstadtbrief* am Sonntag ist eine Publikation von PrinzMedien und erscheint wöchentlich in der Berliner Morgenpost | Verleger: Detlef Prinz | Herausgeber: Ulrich Deppendorf | Chefredakteur: Lutz Lichtenberger (verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes) | Kolumne: Günter Bannas | Layout: Gordon Martin
Anschrift für alle: Hauptstadtbrief Berlin Verlagsgesellschaft mbH | Tempelhofer Ufer 23-24 | 10963 Berlin | Tel. 030/21 50 54 00 | info@derhauptstadtbrief.de | www.derhauptstadtbrief.de | © Der Hauptstadtbrief 2021